

Wie die Kantone ihr Lobbying im Bundeshaus ausbauen

Immer mehr Kantone schicken eigene Interessenvertreter nach Bern – konkrete Erfolge lassen sich aber nicht einfach nachweisen



Im Visier von allerlei Lobbyisten: Parlamentsmitglieder im Bundeshaus. (Bild: Keystone / Alessandro della Valle)

Bei der Verkehrsinfrastruktur oder dem Finanzausgleich stehen die Kantone im Wettbewerb. Mit eigenen Lobbyisten wollen sie die Politik stärker zu ihren Gunsten beeinflussen. Das sei auch eine Reaktion auf Zentralisierungstendenzen, sagen sie.

Daniel Gerny, Bern

Gesucht wird: «Leiter/in politische Interessenvertretung in Bundesbern (100%)». Das Inserat, kürzlich vom Präsidentsdepartement des Kantons Basel-Stadt publiziert, ist die Reaktion auf den in der Region schon lange bestehenden Eindruck, im Bundeshaus zu wenig wahrgenommen zu werden. Entscheide zur Verkehrsinfrastruktur oder zum Finanzausgleich, die zuungunsten des Kantons ausfielen, gaben den Ausschlag. Die Hoffnungen, die mit der neuen Stelle verbunden sind, sind teilweise sehr gross. Mancherorts wird gar ein Meinungsumschwung im Parlament in für Basel wichtigen Fragen erwartet. Regierungspräsident Guy Morin sagt, das eigentliche Lobbying obliege weiterhin der Regierung. Eine Hauptaufgabe sei das Monitoring bei für Basel wichtigen Geschäften.

Der Kanton Basel-Stadt steht mit seiner Strategie nicht alleine. Fast alle Kantone unterhalten Stellen zur Pflege der Aussenbeziehungen – zum Beispiel für den Umgang mit den anderen Kantonen. Auch das Lobbying einzelner Kantone auf

Bundesebene nimmt zu. Vor allem die Westschweizer Kantone sind früh aktiv geworden, wie ein Blick in die Liste der Zutrittsberechtigten des Bundeshauses zeigt.

Verschiedene Kantone, wie Genf, das Wallis, der Jura oder das Tessin, haben zu diesem Zweck neue Stellen geschaffen, andernorts, wie beispielsweise in Bern, wird der Mehraufwand durch bestehende Strukturen aufgefangen.

Auch der Kanton Luzern prüft derzeit eine Reorganisation der entsprechenden Stelle mit dem Ziel, die Interessenvertretung im Bund zu stärken. Die Verwaltungsdelegation der eidgenössischen Räte hat deshalb im November auf Druck der Kantone beschlossen, unabhängig von der bereits bestehenden Liste der zutrittsberechtigten Lobbyisten zusätzlich pro Kanton einem Interessenvertreter Zugang zur Wandelhalle zu gewähren.

Die Kantone nehmen seit einigen Jahren allgemein stärkeren Einfluss auf Bundesebene. Das zeigt zum Beispiel ihre selbstbewusste Präsenz im 2008 eröffneten «Haus der Kantone» an bester Lage in der Berner Innenstadt oder am Kantonsreferendum gegen das Steuerpaket im Jahre 2008. Auch die Gründung von Metropolitankonferenzen hat das Ziel, regionalen Eigeninteressen zum Durchbruch zu verhelfen. Nun gehen auch die einzelnen Kantone vermehrt in die Offensive. Die Entwicklung ist auch eine Reaktion auf den zunehmenden Kompetenzverlust aufgrund der Bundesgesetzgebung oder der Abkommen mit der EU.

Randregionen zuvorderst

So wurde die Stelle des Beauftragten für Aussenbeziehungen des Kantons Bern Anfang des Jahrtausends im Zusammenhang mit der europäischen Integration aufgewertet und neu angesiedelt. Inzwischen ist der Anteil an Arbeit, welche die Bundesebene betrifft, auf 60 bis 70 Prozent gestiegen, wie Thomas Moser, Beauftragter für Aussenbeziehungen sagt.

Auch aus Sicht von Jörg de Bernardi, der seit letztem Jahr die Interessen des Tessins vertritt, ist das Lobbying eine Reaktion auf die Einschränkung der Handlungsfreiheit der Kantone und auf die Zentralisierung der Gesetzgebung. Gleichzeitig reagierte der Kanton Tessin mit der neuen Stelle auf die anhaltende Untervertretung der Südschweiz bei Kaderstellen im Bundeshaus. Es ist kein Zufall, dass die peripher gelegenen Regionen der Schweiz – Genf, Wallis, Tessin, Basel – besonders aktiv sind. Vor einigen Jahren prüfte der Kanton St. Gallen gar die Schaffung einer ständigen Vertretung in Bern.

Für am Rande der Schweiz gelegene Kantone sei es wegen der Distanz aufwendiger, im Bundeshaus ständig präsent zu sein, konstatiert Sacra Tomisawa-Schumacher, die den Kanton Genf repräsentiert. Hinzu kommt das für Randregionen typische Gefühl, grundsätzlich weniger wahrgenommen zu werden.

Nützt es wirklich?

Die Idee allerdings, in der Wandelhalle quasi identitätsstiftend unterwegs zu sein und in den Räten tatsächliche oder vermutete Wahrnehmungsdefizite zu kompensieren, um so günstigere Ergebnisse zu erzielen, beurteilen viele Lobbyisten der Kantone eher skeptisch. Die Hauptaufgaben seien unspektakulär, erklären de Bernardi und Moser: Sie bestehen darin, die eigenen Abgeordneten zum richtigen Zeitpunkt und mit den wichtigen Argumenten aufzutreten, um so auf die Debatten in den Kommissionen einzuwirken. Auch legislative Vorarbeiten sowie die Verordnungsgebung auf Verwaltungsebene sind im Blickwinkel. Der Kanton Genf, der neben Tomisawa sogar eine zweite Vertreterin vor Ort hat, dehnt das Aufgabengebiet auch auf Lobbyarbeit bei Abgeordneten anderer Kantone, PR-Aktivitäten und Imagepflege aus.

Schwieriger ist die Antwort auf die Frage, was der Aufwand unter dem Strich wirklich bringt. Am forschesten gibt sich auch hier Tomisawa. Die gezieltere Interessenvertretung habe dem Kanton Millionen eingebracht, zum Beispiel im Gesundheitswesen. Bekannt ist zudem, dass sich der Kanton Genf im Interesse der Lotterie Romande beim Gegenentwurf zur Geldspiel-Initiative engagiert hat, über die im März abgestimmt wird. Moser vom Kanton Bern dagegen erachtet es als schwieriger, die Wirkung der Lobbytätigkeit zu messen. Erfolgreich sei man beispielsweise gewesen, als man die vom Bundesrat vorgeschlagene Vollkapitalisierung der öffentlichen Pensionskassen zusammen mit der Waadt an vorderster Front bekämpft habe.

Auch Konferenz ist aktiv

Das Beispiel eignet sich nur bedingt, da es sich nicht um ein Bern-spezifisches Dossier handelt, sondern um ein Geschäft, das auch von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) bearbeitet wurde. Es stellt sich die Frage, ob die Kantone mit ihren individuellen Vertretern zumindest teilweise nicht einfach Doppelspurigkeiten produzieren. So gibt sich de Bernardi, der unter anderem im Zusammenhang mit dem Gotthardtunnel aktiv ist, recht zurückhaltend, was die Resultate seiner Arbeit betrifft.

Ob sich die Stelle tatsächlich lohne, sei offen, sagt er. Konkrete Beispiele, bei denen nicht nur Zwischenerfolge, sondern ein Mehrwert zum Schluss resultierte, fehlten bis jetzt. De Bernardis Stelle ist auf zwei Jahre befristet – dann will sein Kanton Bilanz ziehen. Doch die Aufrüstung der Kantone in der Wandelhalle hat bereits Dynamik ausgelöst: Dabei zu sein scheint fast alles – schon weil es die Konkurrenz ebenfalls ist.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG